

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke schön, Herr Kollege Kern. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor bzw. wären angesichts der allgemeinen Zeitüberschreitung ohnehin nicht mehr möglich. Wir sind somit am Schluss der Beratung angelangt.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Wie mehrfach angesprochen, hat die antragstellende Fraktion der Piraten direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrags** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/2631**. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der Piraten. Wer ist gegen diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Ich schliesse Tagesordnungspunkt 2 und rufe auf:

3 NRW braucht endlich ein wirksames Gesamtkonzept zur Bekämpfung massiv steigender Einbruchszahlen – Sofortprogramm „Beute zurück“ starten!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2621

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner für die antragstellende FDP-Fraktion Herrn Abgeordneten Dr. Orth das Wort. Bitte, Herr Kollege.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Entwicklung der Einbruchskriminalität in Nordrhein-Westfalen ist besorgniserregend. Das Risiko, in Nordrhein-Westfalen Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden, ist leider historisch hoch. Im Schnitt wird alle zehn Minuten in ein Haus oder in eine Wohnung in NRW eingebrochen. Landesweit ist die Zahl der Einbrüche unter der Verantwortung von Innenminister Jäger in den letzten drei Jahren um 30 % auf 54.167 Fälle gestiegen.

54.167 Fälle sind einfach zu viel. Örtlich haben wir erschreckende Steigerungsraten. Die verzeichneten Einbrüche steigen bei den Kreispolizeibehörden teilweise um 80 %. Der Gesamtschaden belief sich im Jahr 2012 auf 160 Millionen €. Nicht selten bleibt ein solcher Schaden mangels Hausratversicherung, zu niedriger Deckungssumme oder fehlender Nachweise unersetzt. Aber das Materielle ist nicht das Schlimmste. Viele Opfer werden traumatisiert. Sie verlieren persönliche Erinnerungsstücke, die nicht wiedererlangbar sind. Sie empfinden Empörung darüber, dass Fremde in Ihre Privatsphäre eingedrungen sind. Sie haben Sorge, dass die Täter wiederkommen. Es ist in Ihrer Wäsche herumge-

fühlt worden, die Lebensmittel wurden angefasst usw.

Meine Damen und Herren, wenn 54.167 Haushalte Opfer eines Einbruchs wurden, dann muss die Politik reagieren. Es reicht nicht aus, auf lückenhaft genutzte, teilweise veraltete und in ihrer Wirksamkeit bezweifelte Standardermittlungsmaßnahmen zu verweisen oder wie Herr Minister Jäger alle paar Monate irgendeine medienräftige Alibiveranstaltung zu inszenieren. Solche Veranstaltungen binden nur zusätzlich Personal und bringen in der Sache gar nichts.

(Beifall von der FDP)

Wir haben aber noch ein weiteres Problem. Während die Einbruchszahlen massiv steigen, sinkt gleichzeitig die Aufklärungsquote. Derzeit werden von 100 Einbrüchen nur zwei bis drei Täter hinterher überhaupt tatsächlich verurteilt. Nordrhein-Westfalen hängt im Ländervergleich hinten.

Herr Minister, Sie tragen die politische Verantwortung dafür, dass über 50.000 Einbrüche im letzten Jahr unaufgeklärt und ungesühnt blieben. Es geht keinerlei abschreckende Wirkung von dem aus, was der Staat entgegengesetzt. Wir verlangen von Ihnen, dass Sie endlich ein neues Konzept auflegen, um den Verfolgungsdruck, das Entdeckungsrisiko und die Aufklärungsquote zu steigern.

Sie haben selbst im letzten Jahr eine polizeiliche Arbeitsgruppe mit dem Titel „Bekämpfung mobiler Intensivtäter Eigentum“ eingesetzt. Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung der Kriminalpolizei werden laut deren Ergebnissen Aktenzeichen angelegt, abgeheftet und dann passiert damit nichts weiter. Es würden Datenbanken schlecht gepflegt, sagen Ihnen Ihre eigenen Leute aus der Arbeitsgruppe. Es werden erkennungsdienstliche Instrumente wie Fotos oder Fingerabdrücke nicht aktualisiert, sagt Ihnen Ihre eigene Arbeitsgruppe. Herr Minister Jäger, Sie persönlich müssen endlich die Konsequenzen aus den Ergebnissen Ihrer eigenen Arbeitsgruppe ziehen.

Wenn man sich bei anderen Polizeiexperten erkundigt, sagen diese ebenfalls, dass vieles von dem, was die nordrhein-westfälische Polizei macht, antiquiert ist. Ich nenne nur das Stichwort Ebay-Recherchen. Diese finden praktisch gar nicht statt.

Wir brauchen ein Programm, das dazu führt, dass die Menschen die Beute zurückbekommen. Wir brauchen endlich eine zentrale Datenbank, in der die Menschen in der Öffentlichkeit nachschauen und das Diebesgut identifizieren können.

Ich bin Liberaler. Insofern möchte ich auch einmal ein liberales Argument, ein marktwirtschaftliches Argument anfügen. Wenn Sie die Vertriebskanäle austrocknen und den einbrechenden Menschen die Möglichkeit nehmen, das, was sie bei den Einbrüchen mitgenommen haben, auch abzusetzen, dann

werden Sie dazu beitragen, dass es weniger Einbrüche gibt, weil es weniger Anreize gibt.

(Beifall von der FDP)

Der öffentliche Fahndungsdruck in Nordrhein-Westfalen ist zu gering. Wir könnten auch außendienstunfähige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei für die ganz normale Schreibtischarbeit, für kriminalistischen Spürsinn einsetzen. Leider geschieht das in Nordrhein-Westfalen nicht.

Die Liste ist noch sehr lang. Wir werden sie im Ausschuss debattieren. Herr Minister, wir sind nicht bereit, länger abzuwarten. Sie müssen endlich handeln. Die über 50.000 Einbrüche sind die Einbrüche, für die Sie persönlich die Verantwortung tragen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Orth. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Heinrichs das Wort.

Falk Heinrichs (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Orth, ich habe mir bei dem Antrag schon Gedanken gemacht, was heute kommen soll. Ich habe es mir eigentlich auch so gedacht. Es geht Ihnen nicht um die Sache. Es geht Ihnen mehr um Getöse, um Polemik und Wahlkampfsachen. Das ist mir wieder aufgefallen.

(Beifall von der SPD)

Sie haben in Ihrem Antrag geschrieben „Beute zurück“. Das sind die Schlagwörter Ihres Antrages. Die damit gemeinte Verfolgung, Aufklärung und Repression von Einbruchskriminalität sind allein jedoch nicht ausreichend, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP. Zusätzlich notwendig, um Einbrüche zu verhindern, sind wirkungsvolle Präventionsmaßnahmen, wie sie der Innenminister mit seiner Kampagne „Riegel vor“ angeschoben hat. Eine wirksame Bekämpfung der Einbruchskriminalität braucht nämlich beides, Prävention und Repression.

Wir registrieren seit einiger Zeit, und zwar bundesweit, einen besorgniserregenden Anstieg der Fallzahlen. Das ist richtig. Besonders betroffen sind Großstädte und Wohnbereiche in Autobahnnähe. Bei den Tätern handelt es sich in der Regel um überregional agierende Banden.

Umso wichtiger ist es, dies so effizient wie möglich zu bekämpfen. Unsere Bürgerinnen und Bürger müssen sich in ihren eigenen vier Wänden sicher fühlen. Das ist sehr, sehr wichtig. Das haben Sie auch angesprochen. Herr Dr. Orth, da gebe ich Ihnen Recht: Es ist nicht nur der Verlust von Wertgegenständen, der den Opfern zu schaffen macht, sondern auch die brutale Verletzung ihrer Privatsphäre wird als äußerst demütigend empfunden.

Um einer Legendenbildung vorzubeugen: Der Anstieg der Fallzahlen hat nicht erst 2010 angefangen, sondern bereits ab dem Jahr 2008, als die FDP noch den Innenminister stellte. Im Jahr 2007 lag die Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen bei 16,5 %. Bis 2010, dem Jahr des Regierungswechsels, sank sie unter Schwarz-Gelb kontinuierlich auf nur noch 12,9 %. 2012 konnte Innenminister Jäger dagegen auf eine leicht angestiegene Aufklärungsquote von 13,8 % verweisen. Tun Sie also nicht so, als ob die Aufklärungsquote seit der Regierungsübernahme durch Rot-Grün gesunken wäre, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die FDP fordert ein wirksames Gesamtkonzept zur Bekämpfung massiv steigender Einbruchszahlen. Das klingt erst einmal gut.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Sie verkennen jedoch, dass die rot-grüne Landesregierung schon 2010 eine landesweite ganzheitliche Handlungsstrategie entwickelt hat. Das Problem ist also erkannt. Es ist keinesfalls so, dass sich Landesregierung und Polizei ausschließlich auf präventive Maßnahmen konzentrieren. Das LKA stellt inzwischen tagesaktuell ein Lagebild zur Verfügung, mit dem die Einbruchsentwicklung landesweit verfolgt werden kann. Das versetzt die Polizeibehörden in die Lage, Schwerpunkte und Tendenzen frühzeitig zu erkennen und darauf zu reagieren. Seit 2011 werden landesweit mehr als 40 neue Ermittlungskommissionen eingerichtet.

Die Konzepte schließen längst auch eine umfassende Sachfahndung nach Beutegegenständen ein, die natürlich auch die von der FDP geforderte Internetrecherche umfasst. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Einrichtung eines Cybercrime-Kompetenzzentrums beim LKA.

Die von der FDP massiv kritisierten Aktionstage mit überörtlichen Fahndungs- und Kontrolleinsätzen sowie Razzien sind nicht etwa Show, sondern auch Teil einer konzentrierten Sachfahndung. Die durchweg positiven Erfahrungen haben gezeigt, dass es auf jeden Fall sinnvoll ist, weiterhin an dieser Praxis festzuhalten.

Die Kampagne „Riegel vor“ ist der präventive Baustein unserer ganzheitlichen Handlungsstrategie zur Bekämpfung und Verhinderung von Wohnungseinbrüchen. Eine möglichst optimale Sicherung der Häuser, eine Schärfung der Wachsamkeit in den Wohnquartieren und die sofortige Weitergabe verdächtiger Beobachtungen an die Polizei sind wichtig, um potenzielle Einbrecher möglichst schon vor einer Tatbegehung zu stoppen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch ganz kurz auf die Klagen der FDP über die Personalausstattung der Polizei eingehen. Fakt ist, dass Schwarz-Gelb in den Jahren 2006 bis 2010

insgesamt 2.100 Beamte weniger eingestellt und ausgebildet hat als möglich gewesen wäre. Das wird der Polizei insbesondere ab 2016 sehr zu schaffen machen. Es werden pro Jahr mehr Beamte ausscheiden als in den Dienst neu eintreten.

Wir sind dabei, diesen Fehler der Vorgängerregierung zu reparieren. Gleich zu Beginn der Legislaturperiode 2010 bis 2012 wurde die Einstellungsermächtigung auf 1.400 Anwärter pro Jahr erhöht. Die Ministerpräsidentin hat in ihrer Regierungserklärung 2012 erklärt, dass trotz der Sparzwänge auch in den nächsten Jahren an dieser Einstellungspraxis festgehalten wird.

In Sachen der Personalausstattung der Polizei sollte sich die FDP also besser an das bewährte Motto halten: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

(Beifall von der SPD)

Zusammenfassend ergibt sich, dass der FDP-Antrag nur eine schlecht durchgeführte Recherche über die Polizeiarbeit und Kriminalitätslage in Nordrhein-Westfalen ist.

Dennoch sollten wir dieses wichtige Thema „Einbruchskriminalität“ in den zuständigen Fachausschüssen weiter beraten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Wenn ich richtig informiert bin, war das Ihre erste Rede.

(Falk Heinrichs [SPD]: Ich habe schon einmal gesprochen!)

– Ich bin nicht richtig informiert. Jetzt wollte ich Ihnen gerade Beifall von allen Seiten verschaffen.

(Allgemeiner Beifall)

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Golland das Wort.

Gregor Golland (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Kaum eine Straftat beeinträchtigt das Sicherheitsgefühl so sehr wie das gewaltsame Eindringen in die eigene Wohnung. Der seelische Schaden ist oft größer als der materielle Verlust.

Laut Antwort auf meine Kleine Anfrage 851 vom 21. Januar 2013 und der PKS 2012 ist die Zahl der Wohnungseinbrüche in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr von 50.368 auf sagenhafte 54.167 gestiegen. Das ist eine Zunahme um 7,5 %. Das ist das höchste Fallaufkommen seit 1995, Herr Innenminister.

Die Aufklärungsquote dagegen lag im Jahre 2012 landesweit bei 13,8 %,

(Zuruf von der FDP: Hört, hört!)

in den Vorjahren bei 13,6 bzw. 12,9 %. Desaströs! Eine erschreckende Bilanz Ihrer Amtszeit, Herr Innenminister!

Angesichts der niedrigen Aufklärungsquote bezeichnete der NRW-Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Arnold Plickert Wohnungseinbrüche in NRW kürzlich als „risikoloses Verbrechen“, aus „derwesten.de“ vom 4. Oktober 2012. Diese Aussage, meine Damen und Herren, ist ein Hilferuf.

Während organisierte Banden jede Woche ihr Diebesgut wie Zehntausende Euro, CD-Spieler, Kameras oder Schmuck in ihre Heimatländer schicken, werden die Verfahren der traumatisierten Opfer per Verwaltungsakt eingestellt. So etwas stört dauerhaft und nachhaltig das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Eine Reaktion von Herrn Jäger ist bislang ausgeblieben. Anstelle konsequenter, nachhaltiger und seriöser Kriminalitätsbekämpfung setzt er auf medienwirksame Showeinlagen wie 24-stündige Blitzmarathons oder Großrazzien vor laufender Kamera, die nicht den Schutz der Bürger vor Wohnungseinbrüchen, sondern allein seine Beliebtheitswerte erhöhen sollen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bisheriger Höhepunkt dieses Spektakels, Herr Jäger, war ein Einsatz mehrerer Hundertschaften der Polizei Ende Februar 2013 im Münsterland und in Ostwestfalen. Nach Angaben des NRW-Innenministeriums handelt es sich dabei um eine Razzia gegen Einbrecherbanden, bei der 64 mit Haftbefehl gesuchte Personen festgenommen wurden. Das konnte man Ihrer Pressemitteilung vom 1. März 2013 entnehmen.

Wie das „Westfalenblatt“ jedoch später herausfand, soll die Polizei schon Wochen vorher angewiesen worden sein, vorläufig keine Haftbefehle zu vollstrecken, sondern damit bis zum Tag der Razzia des Innenministers zu warten. Bei den festgenommenen Personen soll es sich deshalb zu einem großen Teil um notorische Schwarzfahrer oder Verkehrssünder, die ihre Strafe nicht zahlen konnten oder wollten, gehandelt haben. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

(Zuruf von der FDP)

Davon abgesehen rät Herr Jäger den Bürgern: Wohnung sichern, aufmerksam sein, 110 rufen – so „DerWesten“ vom 4. Oktober 2012. Dieser Ratschlag offenbart die ganze Konzept- und Ideenlosigkeit des Innenministers beim Thema „Wohnungseinbrüche“. Dass man beim Verlassen des Hauses die Türe hinter sich schließt und im Notfall

die Polizei ruft, versteht sich von selbst und ist eine Binsenweisheit, aber kein innenpolitisches Konzept.

Der Bundesinnenminister arbeitet derzeit an der Erstellung eines bundesweiten Lagebildes zu Wohnungseinbrüchen. Eigentlich müsste NRW angesichts der schlechten Aufklärungsquote ein gesteigertes Interesse an diesem Lagebild haben, da nur so Bewegungsprofile und überregionale Tatzusammenhänge erkannt werden können. Dennoch verweigert NRW als einziges Bundesland bislang die Übermittlung seiner Daten an das BKA.

Als trauriges Fazit bleibt mir nur festzuhalten: NRW ist eine Einbrecherhochburg. Der Anstieg der Einbruchskriminalität geht ungebremst weiter. Polizei und Justiz sind aufgrund politischer, organisatorischer und struktureller Versäumnisse im Wesentlichen macht- und hilflos bzw. völlig überlastet. Sie werden in ihrer Arbeit von der Landesregierung allein- und im Regen stehen gelassen.

Gegen hochmobile, internationale Einbrecherbanden aus Süd-Ost Europa wird nicht konsequent genug vorgegangen – weder in der Strafverfolgung noch durch Abschiebung. Das verhindern unter anderem grüne Gutmenschen in der Regierungskoalition.

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

– Genau das verhindern Sie über Jahre hinweg. – Die Hilf- und Konzeptlosigkeit von Rot-Grün kommt einer Kapitulation des Rechtsstaates in diesem sensiblen Deliktfeld gleich und hinterlässt viele traumatisierte Opfer.

Die CDU-Landtagsfraktion erwartet von der Landesregierung endlich entschlossenes und wirkungsvolles Handeln. Tun Sie etwas gegen die Überlastung der Polizei! Stärken Sie die Arbeit der Kripo! Schaffen Sie endlich die notwendigen personellen, materiellen und rechtlichen Voraussetzungen für eine schlagkräftige Strafaufklärung und -verfolgung! Die Bürger werden Sie an Ihren Kennzahlen und nicht an Ihren Inszenierungen messen. Man darf das Problem der Wohnungseinbrüche nicht länger ignorieren oder kleinreden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Schäffer das Wort.

Verena Schäffer (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Herr Golland, was soll man dazu noch sagen? Sie werfen uns mal wieder Gutmenschentum vor. Ich werfe Ihnen mal wieder vor, dass Sie keine Ahnung haben. Sie können EU-Bürger nicht ausweisen, weil sich EU-Bürger hier aufhalten dürfen. Insofern läuft das, was

Sie sagen, völlig ins Leere. Ich finde es auch peinlich, weil Sie das langsam wissen sollten.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN – Gregor Golland [CDU]: Warum gibt es den Abschiebestopp?)

Bei dem Thema an sich sind wir wohl alle einer Meinung. Natürlich muss das Thema „Wohnungseinbrüche“ ernst genommen werden. Die Bürgerinnen und Bürgern beklagen häufig nicht den materiellen Schaden, sondern das Gefühl zu wissen: Es war jemand in der Wohnung. Jemand hat die Sachen durchwühlt. Jemand hat persönliche Erinnerungsstücke angeschaut und sie womöglich mitgenommen. Dabei fällt einem insbesondere Schmuck ein.

Das sind die traumatischen Erfahrungen, die man macht, wenn in die Wohnung eingebrochen und in die Privatsphäre eingedrungen wurde. Das ist für jeden nachvollziehbar. Jeder, der schon einmal einen Wohnungseinbruch selbst oder in der näheren Verwandtschaft oder Bekanntschaft miterlebt hat, weiß, welche Spuren er bei den Menschen hinterlässt. Insofern sind wir uns wohl inhaltlich sehr einig, dass wir gerade beim Thema „Wohnungseinbrüche“ zusammenstehen müssen und die Polizei entsprechend vorgehen und handeln muss.

Nichtsdestotrotz finde ich den FDP-Antrag an manchen Stellen etwas problematisch und unsäglich. Sie schüren Panik und Angst in der Bevölkerung, wenn Sie schreiben:

„Das Risiko, in Nordrhein-Westfalen Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden, ist so hoch wie kaum zuvor.“

Und wenn Sie sagen, dass das Risiko für Einbrecher, für eine solche Tat bestraft zu werden, verschwindend gering sei, liest sich das schon fast wie eine Empfehlung an Kriminelle, genau das zu tun und im lukrativen Bereich der Wohnungseinbrüche tätig zu werden. Da würde ich mir manchmal ein bisschen Sensibilität wünschen, wenn man im Antrag polemisch formuliert und wie man in den Medien vorgeht.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Sie können die Wahrheit nicht ausblenden!)

Das liegt aber in Ihrer Verantwortung, wie Sie hier vorgehen.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Ja, regen Sie sich auf! Wir werden die Diskussion noch im Ausschuss führen.

Ich finde, der Vergleich mit anderen Bundesländern, den Sie, was die Aufklärungsquote angeht, anführen, spricht für Ihre Unwissenheit bei diesem Thema. In Ihrem Antrag schreiben Sie, dass es vor allem Täterbanden, organisierte Banden sind, die aus dem Ausland kommen, die sich gerade Nordrhein-

Westfalen auswählen, weil wir ein gut ausgebautes Autobahnnetz haben. Die Mobilität kann genutzt werden; die schnellen Fluchtmöglichkeiten sind da. Insofern hinkt der Vergleich mit anderen Bundesländern; ich finde ihn peinlich. Noch viel peinlicher finde ich, dass Sie den Innenminister für jeden Wohnungseinbruch in Nordrhein-Westfalen verantwortlich machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist wirklich unsäglich, weil wir alle wissen, dass die Ermittlungen gegen die organisierten, hochmobilen Banden so schwierig sind.

Deshalb müssen wir auf Prävention setzen. Mit ihrer Kampagne „Riegel vor!“ schlägt die nordrhein-westfälische Polizei einen sehr guten Weg ein. Sie geht den präventiven Weg, bietet Bürgerinnen und Bürgern an, sich beraten zu lassen, damit sie nicht Opfer werden, sondern schon im Vorfeld – Prävention – tätig werden und ihre Wohnung sichern. Dass auch die Sensibilität in der Nachbarschaft steigt, damit die Polizei häufiger gerufen wird, wenn Auffälligkeiten beobachtet werden.

Der letzte Punkt, den Sie ansprechen, betrifft das Personal. Über das Personal diskutieren wir hier des Öfteren. Sie wissen, dass wir die Einstellungsermächtigung für Kommissaranwärterinnen und -anwärter bei der Polizei schon 2011 auf 1.400 Stellen erhöht haben. Und obwohl wir im Land eine sehr angespannte Haushaltssituation haben – wir alle wissen, welche Diskussionen hier über den Haushalt und die Verschuldung geführt werden müssen -, haben wir als rot-grüne Koalition gesagt: Ja, wir werden noch einmal 77 Stellen drauflegen, um die Abbrecherquote bei den Anwärtnerinnen und Anwärtern aufzufangen und auszugleichen. Der entsprechende Antrag ist hier mehrheitlich angenommen worden.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Entschuldigung, Frau Abgeordnete. – Würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Orth zulassen?

Verena Schäffer (GRÜNE): Ja, bitte.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Abgeordneter, bitte.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrte Frau Kollegin, Sie haben auf die Polizistinnen und Polizisten in Summe abgestellt. Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir in Nordrhein-Westfalen sehr viele Polizistinnen und Polizisten haben, die zwar keinen Außendienst versehen dürfen, gleichwohl Innendienst versehen könnten, zurzeit aber gar nicht im Dienst sind, weil man auf sie verzichtet? Wir hätten also eine riesige Reserve an Polizistinnen und Polizisten, die ja nicht draußen mit der Pistole herum-

laufen müssen, sondern einfach am Monitor normale kriminalistische Feinarbeit machen könnten.

Verena Schäffer (GRÜNE): Diese sehr große Reserve an Polizistinnen und Polizisten möchte ich mal sehen. Es wäre interessant, wenn Sie uns die mal darstellen könnten. Wir haben etwas andere Zahlen. Ab 2016 werden Neueinstellungen und Pensionierungen kippen; darüber haben wir schon häufiger diskutiert. Deshalb machen wir ja gerade Aufgabenkritik und schauen, wo man die Polizei entlasten kann, damit sie vor Ort Präsenz zeigen kann.

Sie kratzen mit Ihrem Antrag ehrlich gesagt auch nur an der Oberfläche. Sie können hier keine Strategie vorlegen.

Nichtsdestotrotz bin ich auf die Debatte im Ausschuss gespannt. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass es sich um ein wichtiges Thema handelt. Für die Bürgerinnen und Bürger ist das Thema „Wohnungseinbrüche“ problematisch, weil dabei in ihre Privatsphäre eingedrungen wird. Insofern werden wir dieses Thema auch im Ausschuss konstruktiv beraten. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Schatz das Wort.

Dirk Schatz (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauer hier im Saal und zu Hause! Herr Dr. Orth, ich fand Ihren Antrag von Mittwoch, wie bereits gesagt, nicht unsympathisch. Was ich von dem jetzt vorgelegten Antrag halten soll, weiß ich noch nicht wirklich.

Im Aussagenteil Ihres Antrages führen Sie viele wahre Dinge an. Sie haben vollkommen recht, wenn Sie sagen, dass die Einbruchszahlen in NRW in dramatischer Weise angestiegen sind. Sie haben sicherlich auch recht, wenn Sie davon ausgehen, dass wir es mit einer Landesregierung zu tun haben, die sich aufgrund ihrer Hilflosigkeit in dieser Sache nicht anders zu helfen weiß, als mit ressourcenfressenden Aktionstagen und Blitzmarathons zu suggerieren, sie hätte alles im Griff. Aber die Zahlen belegen: Das ist nicht der Fall!

Ich weiß, der Minister wird gleich wieder sagen, dass es sich bei den hier kritisierten Maßnahmen immer nur um einen Baustein im Rahmen eines Gesamtkonzeptes handelt. Komisch ist allerdings, dass es sich bei den personell aufwendigsten Maßnahmen zufälligerweise immer um solche handelt, die in der Praxis zwar am wenigsten bewirken, dem Minister aber die größte Öffentlichkeit bringen.

(Beifall von den PIRATEN – Gregor Golland
[CDU]: Genau!)

Sie haben schließlich auch recht, wenn Sie sagen, dass diese Landesregierung – ich drücke es mal so aus – durch ihr Handeln quasi aktiv gegen die Motivation ihrer Beamten ankämpft, zuletzt durch ihren Beschluss zur Tarifumsetzung.

Auch zu einigen Forderungen in Ihrem Antrag könnte ich sagen: Warum nicht? Ich nenne hier die Studie zur Wirksamkeit polizeilicher Maßnahmen bei Wohnungseinbrüchen. Eine Studie ist sicherlich nicht verkehrt, wenn man sie dann auch veröffentlicht.

Auch Ihre Forderung nach Gesprächen mit Versicherungen und Wohnungsbaugesellschaften halte ich im Grunde nicht für falsch, auch wenn ich dort nur eine eingeschränkte Wirksamkeit sehe. Aber der Aufwand, das wenigstens mal zu probieren, ist nicht so hoch. Warum nicht mal neue Wege beschreiten?

Viele Forderungen sehe ich jedoch aus rein praktischen Erwägungen heraus zumindest bei der derzeitigen Personallage eher kritisch. Beispielsweise fordern Sie, Verkaufsplattformen wie Ebay oder örtliche An- und Verkaufsbetriebe gründlicher im Auge zu behalten und dort nach möglicher Beute Ausschau zu halten. Der Ansatz ist zwar grundsätzlich gut, bei der jetzigen Personaldecke aber nur schwer umzusetzen.

Wir haben es mit einer Situation zu tun, in der die Sachbearbeiter in den Fachkommissariaten an manchen Tagen gar nicht mit der Aufnahme neuer Delikte hinterherkommen, geschweige denn diese auch noch adäquat weiterbearbeiten können.

Als Lösung schlagen Sie beispielsweise vor, Beamte, die aus gesundheitlichen Gründen für den Außendienst temporär ungeeignet sind, für derartige Fahndungsarbeiten einzusetzen. Dabei besteht allerdings folgendes Problem: Die Beamten aus dem Außendienst kommen natürlich zum größten Teil aus dem Wach- und Wechseldienst und den dortigen Dienstgruppen. Was ist mit denen? Deren Arbeit dort erledigt sich auch nicht von selbst.

Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, dass für die Außendienstkranken auch in den eigenen Dienstgruppen mehr als genug Arbeit vorhanden ist. Ziehen Sie die dort ab, müssen diese Arbeiten von außendienstfähigen Beamten übernommen werden. Dann haben Sie eventuell ein noch größeres Problem. Vielleicht können Sie mir im Ausschuss noch im Detail erläutern, wie Sie das meinen.

Aber – wie gesagt – im Grunde ist es ein guter Vorschlag, diese Plattformen zu beobachten. Wir müssen uns also Gedanken darüber machen, wo das Personal dafür herkommen soll.

Neben der Forderung nach mehr Personal für die Polizei, die auch wir stellen, gibt es selbstverständ-

lich noch weitere Möglichkeiten. Zunächst einmal ist es wichtig, den Krankenstand, der tatsächlich besorgniserregend hoch ist, in den Griff zu bekommen.

Unsere Große Anfrage zielt genau in diese Richtung. Es geht um Ursachenforschung: Warum sind die alle so krank? Diese Große Anfrage ist bis heute nicht vollständig beantwortet. Die Ergebnisse einer angeblich eingesetzten Arbeitsgruppe, die laut Aussage des Ministeriums bis Ende April vorliegen sollten, liegen noch nicht vor. Aber der April geht ja noch ein paar Tage. Vielleicht kommt da noch was.

Auch was die Aufgabenreduzierung angeht, müssen wir uns Gedanken machen. Ich verstehe zum Beispiel nicht, warum wir unsere Hundertschaften immer häufiger an andere Länder verleihen, während dort immer mehr Personal abgebaut wird.

Und dann übernehmen wir für diese Länder auch noch einen Großteil der Kosten dieser Einsätze. Mir ist nicht klar, warum wir unser Personal für einen Appel und ein Ei verkaufen, während wir hier selber knapsen. Warum berechnen wir diese Einsätze nicht voll, sodass es sich für die anderen Länder nur noch bei tatsächlichen Einsatzspitzen lohnt, unsere Hundertschaften, unsere Kräfte abzurufen?

Auch was manche Deliktsfelder angeht, werden wir uns zukünftig Gedanken machen müssen. Ich hebe beispielhaft ein Anliegen der Piratenpartei hervor. Welchen Sinn macht es heute noch – obwohl immer mehr auch von namhaften Experten und selbst in den Reihen der Polizei gesagt wird, der Weg sei falsch –, die eindeutig gescheiterte Repressionspolitik im Bereich der Betäubungsmittel fortzusetzen? Dieser Bereich ist ungemein personalintensiv und bringt – das ist das Fatale – eben nicht nur die Polizei, sondern insbesondere auch die Justiz – Staatsanwaltschaften und Gerichte – an personelle Grenzen. Das Personal könnte man woanders, zum Beispiel bei der Ermittlung gegen Wohnungseinbrüche, sinnvoller einsetzen. Von der Beleg- und Personalsituation in den Gefängnissen fange ich an dieser Stelle gar nicht erst zu sprechen an. Sie ist dadurch ebenfalls sehr stark strapaziert.

Aber – damit komme ich zum Schluss – ich lasse mir Ihre Ideen im Ausschuss gerne noch mal im Detail erläutern. Vielleicht ergeben sich da ja neue Erkenntnisse oder neue Zahlen, die ich noch nicht kannte. Ich freue mich auf die Diskussion. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Jäger das Wort.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank, Herr Präsident. – In den 47 Kreis-

polizeibehörden Nordrhein-Westfalens gibt es jeweils ein Kommissariat für Prävention. Dort werden unter anderem Bürgerinnen und Bürger beraten, wie sie sich am besten vor Einbrüchen schützen können. Weil diese Beratung nicht nur bei ihnen zu Hause erfolgt, gibt es in den Polizeibehörden auch Räumlichkeiten, in denen Fenster und Türen ausgestellt sind. Die Kolleginnen und Kollegen der Polizei haben mir bei meinen Besuchen gelegentlich gezeigt, wie man mit einem handelsüblichen großen Schraubenzieher ein Fenster mit einfachen Beschlägen öffnet. Ich bin in der Lage, ein solches Fenster in drei Sekunden aufzumachen.

Herr Abgeordneter Dr. Orth, wenn ich jetzt Ihrer Logik folge, bin ich nicht nur für 54.000 Einbrüche in diesem Land persönlich verantwortlich; ich habe sogar das Potenzial, sie selbst durchzuführen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Bei allem Amüsement über Ihren Antrag und Ihre Reden, Herr Golland und Herr Dr. Orth – amüsieren kann man sich insbesondere über die Naivität und die Unkenntnis, mit denen Sie sich diesem kriminellen Phänomen nähern –, ist es für mich als Innenminister schon ärgerlich, wie Sie argumentieren.

(Gregor Golland [CDU]: Sie machen es sich zu einfach!)

Offensichtlich haben Sie ein Problem mit der Polizei, Herr Dr. Orth.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Nein!)

– Doch. Noch vor wenigen Wochen haben Sie die Polizei in Nordrhein-Westfalen bezichtigt, bei der Rockerkriminalität wegzuschauen. Vorgestern haben Sie den Polizeipräsidentinnen und Polizeipräsidenten in diesem Land vorgeworfen, Parteigänger zu sein. Heute diskreditieren Sie die Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei, die sich mit großem Eifer und großem Sachverstand der Einbruchskriminalität stellen, und werfen ihnen vor, sie würden ineffektiv und unmotiviert arbeiten.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Sie geben ihnen nur nicht die richtigen Werkzeuge!)

Herr Dr. Orth, das Problem, das Sie mit der Polizei haben, beruht darauf, dass Sie in Person mit dafür verantwortlich sind, dass fünf Jahre lang in diesem Land bei der Polizei zu wenig eingestellt worden ist. Das ist die Ursache. Fünf Jahre lang!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wie der Kollege dargelegt hat, könnten wir heute 2.100 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mehr auf der Straße haben, wenn Sie nicht bei der Polizei gespart hätten. Das ist die Tatsache.

(Beifall von der SPD)

Heute haben wir mit dem Phänomen zu tun, dass die Einbruchskriminalität sich bundesweit massiv verändert, weil die Täter, die Täterstrukturen und

die Tatbegehungen sich verändern, dass bundesweit die Einbruchszahlen nach oben gehen und dass bundesweit die Aufklärungszahlen sinken; zu dem Grund werde ich gleich noch etwas sagen. Ich finde es schlichtweg ungehörig, diese Problematik als Wahlkampfthema auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei austragen zu wollen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist unterste Schublade, Herr Dr. Orth.

Tatsache ist: Die Veränderung der Einbruchskriminalität ist – das ist bei den Vorrednern schon angeklungen – auch dadurch verursacht, dass wir es mit einer anderen Tätergruppe zu tun haben, nämlich mit organisierten Banden insbesondere aus Südosteuropa, die vor allem in Städten und Wohngebieten, die nahe an Autobahnen liegen, sodass Fluchtwege vorhanden sind, Einbrüche begehen und anders als früher ihre Beute nicht im Secondhandladen um die Ecke verkaufen, sondern sie häufig in ihre Herkunftsländer mitnehmen, weshalb der Rückschluss zwischen Beute und Täter schwierig wird.

Wir haben reagiert. Alleine 4,5 Millionen € haben wir zusätzlich für das Landeskriminalamt zur Verfügung gestellt, um die DNA-Analyse zu beschleunigen, damit wir nach Einbrüchen sehr schnell feststellen können, ob es sich möglicherweise um einen Täter handelt, dem auch andere Einbrüche zuzuordnen sind. Wir bilden überregionale Datenverbünde, weil diese Tätergruppen ebenfalls überregional arbeiten. Das machen wir im Verbund mit den Polizeibehörden. Das machen wir in der Schwerpunktsetzung im Kompetenzzentrum des Landeskriminalamts. Das machen wir inzwischen auch bundesländer- und staatenübergreifend.

Ich glaube, dass wir hier gut aufgestellt sind – auch im Vergleich mit anderen Bundesländern, was man daran erkennen kann, dass der Zuwachs bei uns geringer ist als in anderen Bundesländern. Das ist aber bei Weitem kein Grund, sich zurückzulehnen – ganz im Gegenteil. Da gebe ich Ihnen ausnahmsweise einmal recht, Herr Dr. Orth.

Ein Einbruch ist materiell in der Regel gar kein so großer Schaden, weil viele Menschen in diesem Land versichert sind. Bei ihnen trägt die Hausratversicherung den materiellen Schaden. Der emotionale Schaden ist viel größer. Das Eindringen in die Privatsphäre, den Schutzraum Wohnung zu verlieren, in der eigenen Wohnung Angst haben zu müssen, das ist für viele Menschen in der Tat ein traumatisches Erlebnis.

Neben dem von Ihnen gewählten Titel „Beute zurück“ – wobei ich das für eine gewisse Naivität halte; eigentlich wollen wir nicht die Beute zurück, sondern den Einbruch verhindern – ist noch viel wichtiger, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie wir uns um die Opfer dieser Einbrüche kümmern und wel-

che Hilfestrukturen wir haben. Es gibt Menschen, die einen solchen Einbruch gut verarbeiten. Dazu mögen Sie und ich zählen. In unserer Gesellschaft gibt es aber auch Menschen, für die ein Einbruch ein so einschneidendes, traumatisches Erlebnis ist, dass ihnen über Jahre geholfen werden muss. Darüber sollten wir in der Tat etwas intensiver diskutieren.

(Beifall von der SPD und Reiner Priggen [GRÜNE])

Als ich die von Herrn Kollegen Golland und Herrn Dr. Orth geführte Debatte verfolgt habe, ist mir folgendes Zitat von Heinz Erhard eingefallen: „Manche Menschen wollen immer glänzen, obwohl sie keinen Schimmer haben!“ Ich finde, dem muss man nichts hinzufügen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von den PIRATEN – Gregor
Golland [CDU]: Tun Sie etwas dagegen!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke sehr, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit sind wir am Schluss der Beratung angelangt.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/2621** an den **Innenausschuss** – federführend –, an den **Rechtsausschuss** sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. – Regt

sich Widerspruch? – Möchten sich Kolleginnen und Kollegen enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung. Wie sich sicherlich herumgesprochen hat, werden wir die ursprüngliche Terminplanung für die nächste Plenarsitzung verändern, weil die Fraktionen von CDU, FDP und Piraten eine Sondersitzung des Plenums zum Thema „Opel“ beantragt haben.

Deshalb berufe ich die **nächste Sitzung** ein für Dienstag, den **30. April 2013**. Voraussichtlich wird diese Sondersitzung am frühen Nachmittag stattfinden. Die Präsidentin wird Ihnen zügig den genauen Zeitpunkt mitteilen.

Bis wir uns spätestens am Dienstag nächster Woche wiedersehen, wünsche ich Ihnen noch einen angenehmen und erfolgreichen Freitag sowie ein schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:15 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.